

# Demokratisierung und Volkskämpfe <sup>1)</sup> auf den Philippinen

Referat, vorgetragen auf der SOA-Konferenz 'More Power to the People. Konflikte um Demokratisierung in Südostasien' vom 12. bis 14. Februar 1993 in Bochum

Während der beiden zurückliegenden, turbulenten Jahrzehnte hat sich in der philippinischen Gesellschaft vieles verändert. Die Wirtschaft ist nicht mehr in erster Linie von der Landwirtschaft abhängig. Die feudalen Strukturen, die den Nährboden für Radikalismus und aufständische Bewegungen der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten bildeten, sind nicht länger signifikant. Die Agrarindustrie, das verarbeitende Gewerbe und ein rapide expandierender Dienstleistungssektor machen den Hauptteil des Sozialproduktes aus. Im Verhältnis dazu sind traditionelle Marktfruchtexporte zurückgegangen. Elektronische Komponenten wie auch arbeitsintensive Fertigerwaren zählen nun zu unseren wichtigsten Exporten. Die Hauptquelle des philippinischen Zahlungsbilanzüberschusses wird von Wanderarbeitern aufgebracht, deren Zahl zu jeder beliebigen Zeit auf etwa eine Million geschätzt wird.

## Veränderte Wirtschafts- und Sozialdaten

Diese radikal veränderten Charakteristika der Wirtschaft spiegeln sich in demographischen Strukturen. Die Bevölkerung ist jetzt mehrheitlich städtisch. Etwa einer von fünf Filipinos lebt nun im Großraum Manila sowie in den benachbarten urbanen Gebieten. Die Mehrheit der Bevölkerung ist jung: Ungefähr drei Viertel sind 35 Jahre und darunter. Sinkende Produktivität und Einkommen in den ländlichen Gebieten bewirkten eine massive Migration in die Städte. Der größere Anteil der Bevölkerung Manilas wird nun den städtischen Armen zugerechnet: mit Gelegenheitsarbeit, ohne dauerhaften Wohnsitz und Einkommen unter der Armutsgrenze. Sie artikulieren ihre sozialen Forderungen grundlegend anders als ihre bäuerlichen Vorfahren. So hat z.B. die arme städtische Bevölkerung die Forderungen nach einer Agrarreform nicht unterstützt. Sie sind grundsätzlich eher an Beschäftigungsmöglichkeiten interessiert und begrüßen daher ausländische Investitionen in den Industriegebieten, da diese wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnen.

Das Ausmaß des Phänomens der Wanderarbeit (sowohl extern als auch inländisch) hat dramatische Auswirkungen auf die politische Ökonomie der ländlichen philippinischen Gesellschaft.

Die meisten Haushaltseinkommen in den landwirtschaftlichen Kommunen sind mehr und mehr von den Löhnen und Ersparnissen der Arbeiter in den Metropolen abhängig. Die Einkommen aus der landwirtschaftlichen Produktion sind zunehmend zweitrangige Quellen geworden. Ein steigender Anteil der landwirtschaftlichen Einkommen stammt aus Verbindungen mit großen Agrar-Unternehmen, entweder direkt in Form von Löhnen oder indirekt durch Vertragsanbau. Nur einige wenige – zumeist randständige – Kommunen können als weitgehend eigenständige Selbstversorger beschrieben werden.

Sowohl die Aufstandsbewegungen als auch die basisorientierten Nichtregierungsorganisationen (NROs) drängen sich in den Winkeln wirtschaftlich unbedeutender Kommunen. Hier verfolgen sie grundsätzlich unvereinbare Wege. Die von den aufständischen Bewegungen organisierten randständigen Kommunen tendieren zur Entwicklung einer Subsistenzproduktion, die durch vergleichsweise stagnierende Einkommen und anhaltende Marginalisierung charakterisiert werden kann. Die marginalen Kommunen der basisorientierten NROs – in der Hauptsache Kooperativen und lokale Kleinindustrien – orientieren sich in Richtung auf die zunehmende Integration in den wirtschaftlichen Mainstream. Die neugeschaffenen Produktionsprozesse in diesen Kommunen zielen auf steigende Wertschöpfung in der Produktion und deren Umsetzung auf dem nationalen und internationalen Markt. Deshalb sind die NGOs gewissermaßen die wahren Rivalen der aufständischen Bewegungen in den marginalen wirtschaftlichen Sektoren. Diese Tatsache wird die innere Dynamik der fortschrittlichen Bewegungen auf den Philippinen beeinflussen.

## Übergang von Protektionismus zu globaler Wirtschaftsintegration

Weniger als ein Zehntel der Lohnarbeiter auf den Philippinen sind gewerkschaftlich organisiert. Die organisierten Arbeiter sind in großen Firmen konzentriert, entweder multinationalen oder exportorientierten Joint Venture-Unternehmen. Die Arbeiter in diesen Gewerkschaften sehen ihre Absicherung durch zunehmende Transnationalisierung

und Integration in die globale Wirtschaft gefördert. Während sie sich aktiv für Lohn- und Sozialleistungen einsetzen, zögern sie, sich an politischen Streiks zu beteiligen. Der zweitgrößte Anteil organisierter Arbeiter befindet sich in der Dienstleistungsindustrie, z.B. in Hotels. Die militantesten Gewerkschaften finden sich in der erstmals sehr geschützten heimischen Industrie. Die bedeutendste Basis politischer Streikaktivitäten besteht zur Zeit unter den organisierten Bus- und Jeepneyfahrern im Transportsektor. Wenngleich sie mit ihren Streiks teilweise die Großstädte lahmlegen können, erhalten sie wenig Unterstützung von den Industriegewerkschaften und den Pendlern, da vor allem Lohnarbeiter, die öffentliche Verkehrsmittel benutzen, betroffen sind.

Angesichts des gegenwärtigen Liberalisierungsprogrammes (zur Demontage protektionistischer Politik) müssen die Industrien, in denen die militanten Gewerkschaften organisiert sind, entweder ihre Produktivität verbessern, oder sie verlieren im Wettbewerb mit dem Ausland. Deshalb zaudern seit kurzem viele militante Gewerkschaften, nachdrücklich Lohnerhöhungen zu fordern. Einige wenige haben sich für Lohnkürzungen entschieden, um ihrer Industrie beim schwierigen Übergang vom Protektionismus zu einem hochgradig wettbewerbsorientierten Handelsklima zu helfen. Unter einem protektionistischen System kann der nationale Industriesektor dem Druck der militanten Gewerkschaften durch Abwälzen der Kosten auf die Verbraucher begegnen. Dies ist immer weniger möglich geworden, und die Liberalisierungsreformen zeigen ihre Wirkung in einem Rückgang militanter Aktivitäten der Gewerkschaften.

Der signifikanteste Faktor am wirtschaftlichen Horizont ist die Asean Free Trade Area (AFTA). Geformt nach dem Vorbild des europäischen gemeinsamen Marktes, wird die AFTA, die sich im Rahmen rückläufiger staatlicher Einmischung in die Wirtschaft bewegt, innerhalb des nächsten Jahrzehnts zu verstärkter Integration der südostasiatischen Volkswirtschaften ermutigen. Technologien, Standards der Produktivitätseffizienz und Märkte werden in hohem Maße geteilt werden. In wenigen Jahren werden aufgrund von regionaler wirtschaftlicher Integration traditionelle nationalistische Forderungen nach "autarker und selbstversorgender" Wirtschaft irrelevant werden. Die Wirtschaftsziele der radikalen linken Bewegungen – die Formen einer

Quasi-Entflechtung, einer starken Position des Staates und einem protegierten "nationalen kapitalistischen Sektor" beinhaltet – werden ihre ökonomische Grundlage sowie ihre politische Anhängerschaft verlieren.

## Dezentralisierung der politischen Macht

Parallel zu erheblichen Veränderungen auf wirtschaftlichem Gebiet haben sich die Regierungsinstitutionen ebenfalls geändert und somit auch das Terrain der politischen Auseinandersetzung. Von der kolonialen Periode bis hin zur Marcos-Diktatur folgten die Regierungseinrichtungen dem Konzept der Zentralisierung und Konsolidierung. Auf seinem Höhepunkt besaß der philippinische Staat eine beängstigende Kapazität, in die Wirtschaft zu intervenieren, Marktkräfte zu dirigieren und somit unter Zuhilfenahme politischer Instrumentarien seine eigene ökonomische Basis zu schaffen. Diese Staatsform trug später an der Last der steigenden Kosten der Staatserhaltung sowie steigender Ineffizienz in der Wirtschaft. Außerdem war sie unfähig, Investitionen anzuziehen, da Bedingungen herrschten, die gerade wegen der Interventionsmöglichkeiten des Staates in die Wirtschaft aus politischen Motiven unvorhersehbar waren. Das Marcos-Regime führte zu einer politisch-ökonomischen Situation, die nicht mit neuen wirtschaftlichen Trends in der Region vereinbar war. Mehr

noch als durch ihre Neigung zu plündern, begann der Niedergang der Diktatur, weil sie eine überholte Regierungsform geworden war. Dieses Veralten spiegelte bzw. artikulierte sich in einer ernsthaften wirtschaftlichen Krise und einer durch die Apparaturen des Protektionismus selbst gelähmten ökonomischen Grundlage. Aus der Ablehnung der Diktatur durch das Volk wurde schließlich eine Ablehnung der Staatsform, auf der sich die Diktatur gründete.

Seit der Aquino-Periode bis in die Gegenwart ist das Zentralisierungsmuster der Vergangenheit erfolgreich umgestellt worden. Der Kern der Politik wie auch der organisatorischen Reformen der letzten Jahre ist durch Dezentralisierung

und Machtübertragung charakterisiert. Während den Stärken und Schwächen pluralistischer Politik viel Beachtung geschenkt worden ist, haben sich die wirklich signifikanten Veränderungen in der Regierungsstruktur selbst vollzogen. Der wichtigste Wendepunkt war die Verabschiedung des Local Government Code im Jahr 1991. Dieses große gesetzgeberische Werk hat die Macht der Kommunalverwaltungen gestärkt, die Autonomie untergeordneter politischer Gremien gesteigert, die Repräsentation von Volksorganisationen in den Entscheidungsorganen der Kommunalparlamente institutionalisiert und – das Wichtigste – die Rolle der nationalen Exekutive irreversibel vermindert. Es ist anzunehmen,



Abbruch oder Facelifting?

aus: agphi, Philippinen – wenn der Bambus bricht, Reinbek 1986, S. 66

nehmen, daß die Entstehung der Kommunalverwaltungen als politische Entscheidungsstellen großen Einfluß auf das Terrain haben wird, in dem gesellschaftliche Kämpfe ausgetragen werden.

Zuvor war die Präsidentschaft der Ort aller politischen Entscheidungen gewesen und somit die zentrale Stelle politischer Auseinandersetzung. Die Dezentralisierung der Exekutivgewalt auf die Kommunalverwaltungen dezentralisiert also auch die Orte der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Die Dezentralisierung der Macht wird dadurch vergrößert, daß die nationale Exekutive im Zusammenhang mit der Deregulierung ebenfalls einen erheblichen Teil ihrer Interventionsfähigkeit verliert. Dezentrali-

sierung und Deregulierung werden ihrerseits durch die zunehmende Unabhängigkeit der Bürokratie und der durch die Verfassung vorgeschriebenen Körperschaften verstärkt. Weder die Präsidentschaft noch der Kongreß können beispielsweise dem Wertpapier- und Devisenamt (Securities and Exchange Commission) oder dem Rechnungsprüfungshof (Commission on Audit) Vorschriften machen. Jegliche Anstrengungen, die Autonomie unabhängiger Staatsinstitutionen, die die Kontinuität und Vorausssehbarkeit in der zivilen Gesellschaft sicherstellen, zu unterminieren, werden harte und prompte Reaktionen von Investoren und der öffentlichen Meinung zur Folge haben. Die Zurückweisung wird sich umgehend in der Wirtschaft bemerkbar machen. Auch die professionellen Militärorganisationen haben nach langen Jahren tiefer Zersplitterung und Politisierung einigermaßen gut entwickelte Verfahrensweisen hervorgebracht, die institutionelle Autonomie garantieren. So ist es wahrscheinlich, daß jeder Versuch der Präsidentschaft, beispielsweise die Armee für politische Zwecke zu mißbrauchen, von einem Offizierskorps scharf zurückgewiesen wird, das nun intensiv auf seine Professionalität bedacht ist und sich vor einer Rückkehr der Bedingungen, die zuvor die Organisation empfindlich gestört hatten, in acht nimmt.

Hier ist es wichtig zu erwähnen, daß Präsident Fidel Ramos der erste philippinische Präsident ist, der aus einer Laufbahn im öffentlichen Dienst hervorgegangen ist. Frühere philippinische Präsidenten stammten entweder aus Großgrundbesitzerfamilien oder waren professionelle Politiker, die Allianzen mit Wirtschaftsbossen knüpften, um ihre politische Basis aufzubauen. Ramos begreift, daß die Stärke und Kontinuität der politischen Ordnung von der Verbesserung der Professionalität im öffentlichen Dienst abhängen. Dieses grundlegende politische Gesetz spiegelt sich nicht nur in seinem Regierungsstil wider, sondern auch im wachsenden Zutrauen der Behörden, politische Prozesse vom Diktat parteigebundener und eigennütziger Interessen zu isolieren.

Die wachsende Unabhängigkeit der politisch entscheidenden Stellen und die Dezentralisierung der Exekutivgewalt in einem System der Deregulierung verbessern die formale Gewaltenteilung zwischen den exekutiven, legislativen und judikativen Zweigen der Regierung. Obwohl der philippinische Kongreß weiterhin als eine Bastion der Großgrundbesitzerelite karikiert wird, enthüllt eine genauere Untersuchung seiner Zusammensetzung, der tatsächlichen Hintergründe seiner Mitglieder und der Natur seiner Gesetzgebung eine andere Realität. Sowohl der Sprecher des Repräsentantenhauses als auch der Präsident des

philippinischen Senats kommen aus dem Unternehmensbereich und spiegeln die kosmopolitische, vorwärtsschauende und produktivitätszentrierte Wirtschaftsagenda der städtischen GeschäftsELITEN wider. Der politische Einfluß der alteingesessenen Großgrundbesitzerelite ist proportional zur Abnahme der realen ökonomischen Bedeutung der Agrarproduktion gesunken. Die Führer der Legislative sind sich des dramatischen Wandels, der in der Dynamik und im Charakter der Wahlpolitik stattgefunden hat, deutlich bewußt und halten deshalb zur politischen Unterstützung nach neu auftauchenden Wählerschaften Ausschau.

Wahlen teilgenommen haben, verließen sich auf städtische – hauptsächlich dem Handels-, dem Industrie- und dem Kapitalgesellschaftssektor angehörende – Unterstützer zur Finanzierung ihrer Wahlkampforganisationen. Die lokalen Eliten waren auf die Unterstützung durch nationale politische Parteiorganisationen angewiesen, während sie früher die nationalen Kandidaten finanziert hatten. Der zentrale Schwerpunkt der Wahlpolitik hat sich in entscheidender Weise von den ländlichen Grundbesitzern zu den städtischen Kapitalinhabern verlagert.

Die Veränderungen der politischen Parteiorganisation und der Wahlkampf-

gebildeter Wähler und durch den erweiterten Zugang zu den Massenmedien noch erhöht worden. Das veränderte Wahlterrain erklärt, warum die Präsidentschaftskandidaturen von Ramon Mitra und Eduardo Cojuangco – beide abhängig von den Wählermobilisierungsfähigkeiten ihrer Verbündeten in den lokalen Eliten – stolperten, während die Kandidaturen von Fidel Ramos und Miriam Santiago eine große Wählerschaft anzogen.

## Angleichung der politischen Kultur durch die Massenmedien

Die wachsende Homogenisierung der politischen Kultur, die durch rapiden technologischen Fortschritt in der Kommunikation vorangetrieben wurde, ist ein weiterer Punkt, der nähere Betrachtung verdient. Mehr als 80 % der philippinischen Haushalte haben Zugang zu einem Radio. Ein Drittel dieser Haushalte besitzt einen Fernseher, obwohl mehr als die Hälfte der philippinischen Bevölkerung Zugang zu Fernsehinformationen hat. Durch die elektronischen Medien wird eine intensive und unmittelbare Kenntnis über die Probleme und Ereignisse in der Nation und in der Welt erzeugt. Die Medienunternehmen sind, seit sie nach Abschaffung der Diktatur von politischer Kontrolle befreit sind, zu wichtige Machtkanälen geworden. Sie fungieren als Kanäle für Rückmeldungen aus der Bevölkerung auf die Regierungspolitik und sind gleichermaßen effektive Instrumente zur politischen Konsensbildung. Das rasch ansteigende Angebot an Massenkommunikation und die elektronische Reproduzierbarkeit der Informationen wird auch weiterhin eine tragende Rolle bei der Angleichung der Demokratisierung auf den Philippinen spielen.



Wird People Power sich entfalten?

Foto: R. Siebert

## Wachsende Unabhängigkeit der Wähler

Die allgemeinen Wahlen im Mai letzten Jahres enthüllten neue Trends und Faktoren, die den traditionellen Charakterisierungen dieser Dimension der philippinischen Politik trotzen. In der Vergangenheit waren die nationalen politischen Parteien auf die Fähigkeiten zur Wählermobilisierung und die finanziellen Zuwendungen der Grundbesitzerelite angewiesen. Zu einer Zeit, als ein Großteil der Bevölkerung in den Produktionssystemen der Landbesitzer gefangen war und die nationale Produktion vor allem aus Plantagen und der Subsistenzlandwirtschaft kam, war dieses Muster verständlich. Doch mit den Veränderungen, die sich in den Strukturen der nationalen Wirtschaft vollzogen haben – wobei diese durch demographische Veränderungen begünstigt worden sind – hat sich der Charakter der Wahlpolitik ebenso geändert. Die wichtigsten politischen Parteien, die im letzten Jahr an den

finanzierung gingen mit einem Wechsel in der Wählerzusammensetzung und –einstellung einher. Die traditionellen, an Wählerstimmen reichen ländlichen Bezirke, auf die die landbesitzende politische Aristokratie sich bei Wahlen verließ, um die Zusammensetzung der nationalen politischen Elite zu beeinflussen, waren durch massive Urbanisierung und Abwanderung erodiert. Die Diversifizierung der Beschäftigung und der wirtschaftlichen Verkettungen in den ruralen Gebieten trugen weiterhin zu diesem Abbröckeln bei. Von ihren wirtschaftlichen Banden zu den traditionellen Grundbesitzern befreit – die im übrigen durch ökonomische Diversifizierung und Landreform ebenfalls dezimiert worden sind – traf die Masse der Wähler Wahlentscheidungen, die von den traditionellen politischen Führern unbeeinflusst waren. Dieser Trend zu wachsender Wählerunabhängigkeit ist durch die Verlagerung der Bevölkerung von ruralen in urbane Gebiete, durch die Zunahme junger und insgesamt besser aus-

## Optionen jenseits von Wahlen und bewaffnetem Kampf

Bei der Betrachtung aller bisher genannten Punkte scheint es naiv, die Zukunft der vom Volk ausgehenden Anstrengungen für eine umfassendere Demokratisierung allein in den künstlichen Alternativen zwischen bewaffnetem Kampf und Wahlkampf zu sehen. Keine dieser beiden Optionen kann eine lebensfähige Komponente einer neuen Politik mit breiterem Engagement der Bevölkerung bei der Gestaltung der Politstrategien sein. Es gibt einen weiten Bereich zwischen den beiden Formen der Einbeziehung und des Engagements der Bevölkerung, der durch demokratische Kräfte in der philippinischen Gesellschaft bereits geöffnet worden ist. Diese beinhalten breite Koalitionen, die sich scharf fokussierter politischer Problem-

stellungen annehmen, wie z.B. dem Kongreß für eine Agrarreform des Volkes (Congress for a Peoples Agrarian Reform), der Koalition für Schuldenfreiheit (Freedom from Debt Coalition) und dem Grünen Forum (Green Forum). Die Interessen und die Mitwirkung organisierter progressiver Aktivisten haben sich auch erweitert und beinhalten jetzt – neben dem Schutz verwundbarer sozialer Gruppen wie Stammesminoritäten, Kleinfischern und Hochlandbauern – Gruppen, die mit alternativen Finanzierungsnetzwerken der Basis, feministischen Organisationen und Wanderarbeiterorganisationen zusammenarbeiten.

Die Einmischung progressiver Gruppen in die Wahlpolitik hat in den letzten Jahren keine spektakulären Resultate erzielt. Dieser Fehlschlag läßt sich auf das Fehlen einer realistischen Wahlplattform, ein überholtes Verständnis von der Wählerschaft, aus der die philippinische Gesellschaft sich heute zusammensetzt und eine doktrinaire Annäherung an die Wahlpolitik zurückführen. Nimmt man die irreversible Diversifizierung von Interessengruppen in einer komplexeren Gesellschaft und den Meinungspluralismus bei offenem Zugang zu den Massenmedien, ist es weder möglich, das Wahlterrain durch die Hinwendung zu Minoritätenproblemen zu meistern noch durch die fortlaufende Kultivierung einer ideologischen Identität, die ihre Fähigkeit verloren hat, die Vorstellungen und Bestrebungen der Mehrheit für sich einzunehmen.

Gleichzeitig sind die politischen Bedingungen und sozialen Grundlagen, die noch vor zwei Jahrzehnten den bewaffneten Aufständischen ermöglichten, Unterstützung zu bekommen und sich gegen schlimmste repressive Kampagnen zu behaupten, entweder aufgelöst oder erodiert. Mit einer dezimierten Landbevölkerung, der Auslöschung der traditionellen Bauernschaft durch die Ausbreitung gemischter Haushaltseinkommen, der Eingliederung immer größerer wirtschaftlicher Sektoren in die Regionalwirtschaft und den neuen Kriegstechnologien, scheint die Strategie des bewaffneten Kampfes gegen den Staat nicht mehr lange fortgesetzt werden zu können. Dieses Fortführungsproblem vermengt sich mit organisatorischen und logistischen Schwierigkeiten der aufständischen Bewegungen angesichts nationaler und globaler Trends. Außerhalb der internen Probleme liegen Veränderungen in den politischen Erwartungen der Massen, die neuen Realitäten der Regierungsform, die Diskreditierung der orthodoxen linken Ideologien und ein wachsender gesellschaftlicher Konsens zu Frieden als der Grundlage für Wohlstand. Die großen Massenbewegungen, die die politische Kernbasis für die bewaffneten Aufstände boten, haben sich verflüchtigt. Ein tieferer Rückblick sagt

uns, daß diese Massenbewegungen von demokratisch inspirierter Opposition zur Diktatur angeregt worden sind. Mit der Abschaffung der Diktatur wurde dieser belebende Faktor beseitigt und die Interessen der Bevölkerung auf steigende Produktivität und Einkommen umgelenkt.

## Die Linke auf der Suche nach Programm und Strategie

Zur Zeit finden zahlreiche Debatten über eine geeignete Strategie unter den zunehmend an den Rand gedrängten linken Bewegungen auf den Philippinen statt. Die kombinierten Auswirkungen politischer Marginalisierung und tiefer interner Unstimmigkeiten haben zu einer zunehmenden Engstirnigkeit des linken Diskurses geführt. Viel Leidenschaft wurde in spitzfindige doktrinaire Meinungsverschiedenheiten investiert, ohne das Gesamtbild einzubeziehen: die gewaltigen strukturellen, demographischen, technologischen und institutionellen Veränderungen, die das Feld der radikalen Politik erfassen. Während linke Kräfte nun vor allem von den internen Kontroversen in Anspruch genommen sind, verlieren sie den Kontakt mit den großen Wählergruppen und den breiten gesellschaftlichen Kräften, die heute in der philippinischen Gesellschaft entstehen.

Mehr noch als die Frage der Strategie, die viele linke Aktivisten auf den Philippinen beschäftigt, ist der entscheidendere Gegenstand, der angegangen werden müßte, der Inhalt der wesentlichen progressiven Agenda für die Zukunft. Ungeachtet der vielgerühmten Abgeschlossenheit der Filipinos, die Linken einbezogen, dürfen die Auswirkungen des dramatischen Kollapses der sozialistischen Regime in Europa und die ökonomische Verknöcherung der nationalistisch-protektionistischen Regime anderswo in der Dritten Welt nicht unterschätzt werden. Die Linke auf den Philippinen muß sich – jenseits ihrer jeweiligen doktrinen Fetische – den Fragen, die eine neue Realität aufwirft, stellen: Ist angesichts des unwiderstehlichen Schubes der Internationalisierung der Produktion und des Konsums das Eintreten für ein prinzipiell nationalistisches, staatlich initiiertes und abgeschirmtes Wirtschaftsprogramm überlebensfähig? Nimmt man den Bedarf an Dezentralisierung der Regierungsgewalt, den neue Produktionstechnologien verlangen, sind dann die erneute Zentralisierung von Macht und die Reabsorption der Wirtschaft durch den Staat glaubhafte, futuristische, "fortschrittliche" soziale Projekte? Ist ein autoritäres Regierungssystem im Kontext wachsender Homogenität der politischen Kultur durch technologische Revolutionen in der Kom-

munikation eine überlebensfähige Herrschaftsform, um soziale Gleichheit zu erhöhen? Ist der Nationalstaat überhaupt noch der lebensfähige Rahmen, in dem eine radikale politische Ordnung konstruiert werden kann? Solange die breite Schar linker philippinischer Gruppen kein Programm zur Zufriedenheit der großen Mehrheit, die in Armut gefangen ist und auf Chancen wartet, aufstellt, sieht die Zukunft nicht sehr rosig aus.

Alexander R. Magno

*Der Verfasser ist Politikwissenschaftler und Direktor des Third World Studies Center der University of the Philippines in Quezon City. Als politischer Kolumnist und Verfasser von Leitartikeln des Manila Chronicle ist er auch einer größeren Öffentlichkeit bekanntgeworden. Übersetzung aus dem Englischen von Sabine Schlieper.*

### Anmerkung:

- 1) Der Begriff 'popular struggle', der auch im Text mehrfach auftaucht, wurde im Titel mit 'Volkskampf' und an anderen Stellen je nach Kontext übersetzt. Er bezieht sich vor allem auf die von und an der Basis geführten Auseinandersetzungen, die von einer signifikanten Anzahl von Menschen getragen werden und größere politische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit anstreben.

– Anzeige –

## MULTIS und MENSCHENRECHTE

Landraub und Unterdrückung der  
Gewerkschaftsfreiheit durch  
DEL MONTE auf den  
Philippinen

Materialien der Menschenrechts-  
organisation FIAN

- \* Was steckt hinter der Ananas?  
(Faltblatt, Einzelexemplar kostenlos,  
zehn Stück 1 DM)
- \* Landrechtsverletzungen durch Del  
Monte auf den Philippinen  
(FIAN-Dossier Nr. 5, 28 S., 5 DM)
- \* Ton-Dia-Serie  
(Verleih: 20 DM, Verkauf nach  
Anfrage)
- \* Farb-Foto-Ausstellung  
(14 Foto-, 4 Texttafeln; Verkaufs-  
preis: 64 DM)

Infos und Bestellungen bei:



FIAN, Overwegstr. 31,  
W-4690 Herne 1  
Tel. 02323 / 49 00 99  
Fax. 02323 / 49 69 56

FIAN - Für das Recht,  
sich zu ernähren